

Antrag

Moratorium für die Planung von Bundesstraßen und Autobahnen

Wir fordern die kommende Bundesregierung und den Bundestag auf, den Straßenanteil des Bundesverkehrswegeplans 2030 sofort auszusetzen und zu einem integrierten Mobilitätsplan auf Basis eines konsequent am Klimaschutz ausgerichteten Bundesmobilitätsgesetzes umzubauen.

Der Beschluss der Landesdelegiertenversammlung soll als Aufforderung an den Bundestag und die aktuell verhandelnden potentiellen Koalitionspartner der neuen Bundesregierung weitergetragen werden. Ebenso fordern wir die Landesregierung und den Landtag von NRW auf, mit dem Straßenteil des Landesstraßenbedarfsplans entsprechend zu verfahren und den Bau neuer Fernstraßen in NRW zu stoppen.

Begründung:

Laut Klimaschutzprogramm 2030 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit entfallen fast 30 % des nationalen Endenergieverbrauchs auf den Sektor Verkehr. Davon fußen über 90 % auf der Verbrennung von fossilem Erdöl.

Die verkehrsbedingten Treibhausgas-Emissionen lagen im Jahr 2018 mit 162 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten immer noch etwa auf dem Niveau des Jahres 1990 und entsprechen fast einem Fünftel an den gesamten Treibhausgas-Emissionen in Deutschland (BMU, Oktober 2019).

Das Bundesverfassungsgericht hat im April 2021 ein historisches Urteil gefällt: Klimaschutz ist ein Grundrecht. Freiheit bedeutet, die zukünftigen Generationen nicht zu schädigen.

Im Verkehrssektor hat die bisherige Bundesregierung bis heute keine strategischen Beiträge zur effektiven Senkung klimaschädlicher Emissionen und zu einer Verkehrswende geleistet.

Wirkungsvoller Klimaschutz erfordert eine Verkehrswende mit einer Vermeidung von nicht notwendigem motorisierten Verkehr, einer Verlagerung des Verkehrs von Straßen auf die Schiene und einer Verminderung des motorisierten Individualverkehrs zugunsten des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs.

Es ist jetzt notwendig, Klima belastende und der Verkehrswende entgegenstehende Neu- und Ausbauten von Autobahnen und Bundesstraßen, zu stoppen. Flächenfressende, umwelt- und klimabelastende Straßen, die außerdem Milliarden Euro kosten werden, dürfen nicht mehr gebaut werden, da sie den nachfolgenden Generationen asphaltierte und betonierte Hindernisse für die nachhaltige Gestaltung ihres Lebens in den Weg stellen. Auf diesem Hintergrund ist jegliche Verkehrsplanung für Bundesstraßen und Autobahnen gründlich zu überprüfen.

Das Bundesland NRW ist durch mehrere nicht mehr zeitgemäße Fernstraßen-Projekte betroffen, wie z.B. durch die sogenannte Rheinspange 553 bei Köln, den Ausbau der A3 zwischen Leverkusen, Mettmann, Langenfeld und Hilden sowie des Autobahnkreuzes Oberhausen A2/A3/A516, den Ausbau der A42 bei Bottrop und Essen, die B 474n (Verlängerung der A45) sowie den Bau der A 46 im Sauerland.

Der Landesverband NRW des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland fordert daher den untauglichen Bundesverkehrswegeplan 2030 sofort außer Kraft zu setzen und bittet die übrigen Landesverbände und den Bundesverband, diese Forderung tatkräftig zu unterstützen.

*Einstimmig beschlossen von der Landesdelegiertenversammlung des BUND NRW,
Düsseldorf, 31. Oktober 2021*